

## **Verantwortung übernehmen – Recht umsetzen: Über 250 Organisationen fordern Aufnahme gefährdeter Menschen aus Afghanistan**

### **Pressemitteilung des Migrationsbeirats der Landeshauptstadt München**

(10.12.2025) Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember fordert der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München gemeinsam mit mehr als 250 bundesweit aktiven Organisationen die Bundesregierung nachdrücklich auf, die rechtsverbindlich zugesagte Aufnahme gefährdeter Menschen aus Afghanistan unverzüglich und noch vor Jahresende umzusetzen.

Aktuell warten rund 1.800 afghanische Staatsangehörige mit gültigen Aufnahmezusagen auf ihre Evakuierung nach Deutschland. Über 70 Prozent von ihnen sind Frauen und Kinder. Viele der Betroffenen halten sich in Pakistan auf, wo ihnen die Abschiebung nach Afghanistan droht. Eine Rückführung bedeutet angesichts der Machtübernahme der Taliban akute Gefahr für Leib, Leben und Freiheit durch Verfolgung, willkürliche Inhaftierung, Misshandlungen und Tod.

Unter den Schutzsuchenden befinden sich ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Mitarbeitende von Hilfsorganisationen, Journalist\*innen, Richter\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Angehörige der LSBTIQ+-Community sowie Kulturschaffende. Sie alle haben sich über Jahre hinweg für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Rechte von Frauen und Kindern eingesetzt – für jene Werte, zu deren Schutz sich auch die Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich und völkerrechtlich verpflichtet hat.

„Die Zeit drängt – jeder Tag zählt“, betont der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München. Gemeinsam mit den unterzeichnenden Organisationen werden daher folgende konkrete Forderungen an die Bundesregierung gerichtet:

- Sofortige, unbürokratische Evakuierung aller Menschen mit bestehender Aufnahmezusage auf Grundlage der §§ 22 und 23 Aufenthaltsgesetz.
- Beschleunigter Abschluss aller Sicherheits- und Visaverfahren für sämtliche Aufnahmeprogramme ohne weitere Verzögerungen.
- Verlässlicher Schutz vor Abschiebungen nach Afghanistan sowie eine sichere Unterbringung der Betroffenen bis zur tatsächlichen Ausreise.

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München weist ausdrücklich darauf hin, dass Deutschland rechtlich verpflichtet ist, gefährdeten Menschen Schutz zu gewähren. Maßgeblich sind hierbei insbesondere:

- die Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 33 – Non-Refoulement-Gebot),
- die EU-Grundrechtecharta (Art. 18 und 19),
- das Grundgesetz (Art. 1 und Art. 16a) sowie
- die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (Art. 3 und 14).

Diese Rechtsnormen verpflichten Deutschland, Menschen nicht in Staaten zurückzuführen, in denen ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen, und den effektiven Schutz von Geflüchteten sicherzustellen.

„Eine humane Flüchtlingspolitik, die sich an geltendem nationalem, europäischem und internationalem Recht orientiert, ist nicht verhandelbar“, erklärt der Migrationsbeirat. „Wer Menschen mit gültiger Aufnahmezusage ihrem Schicksal überlässt, verstößt gegen geltendes Recht, verspielt Vertrauen und stellt die eigenen demokratischen Grundwerte infrage.“

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München ruft die Bundesregierung eindringlich dazu auf, jetzt Verantwortung zu übernehmen und die Evakuierungen unverzüglich einzuleiten. Zugleich appelliert er an Politik, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit, den Druck aufrechtzuerhalten: Setzen Sie sich ein, sprechen Sie es an, fordern Sie die Umsetzung – denn Menschenrechte dulden keinen Aufschub.

Im Namen des Migrationsbeirats der Landeshauptstadt München

Dimitrina Lang,

Vorsitzende

**Pressekontakt des Migrationsbeirats**

Dimitrina Lang, Vorsitzende des Migrationsbeirats

Sendlinger Straße 1, 80331 München

Telefon: 089/ 233 - 92558

E-Mail: [mb.presse@muenchen.de](mailto:mb.presse@muenchen.de)

[www.migrationsbeirat-muenchen.de](http://www.migrationsbeirat-muenchen.de)

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München besteht aus 50 nichtdeutschen oder eingebürgerten Münchnerinnen und Münchnern. Sie vertreten ehrenamtlich die politischen Interessen der ausländischen Bevölkerung. Der Migrationsbeirat engagiert sich öffentlich für die politische, rechtliche, soziale und kulturelle Gleichstellung von Deutschen und Nichtdeutschen. Der Migrationsbeirat hält intensiven Kontakt zu den im Migrationsbereich tätigen Vereinen, Gruppen und Initiativen in München. Da in dem Migrationsbeirat Mitglieder aus unterschiedlichsten politischen Listen und Nationen zusammenarbeiten, steht er auch modellhaft für Toleranz und Völkerverständigung.